

1 **Terror, Extremismus, Gewalt und Hetze von rechts entschieden und**  
2 **wirksam begegnen!**

3 **CDU und FDP fordern Null-Toleranz gegen rechte Gewalt und rechtsextreme Hetze!**

4  
5 Die Bundesanwaltschaft hat den feigen Mord an dem hessischen Regierungspräsidenten  
6 Walter Lübcke als politisches Attentat eingestuft und sieht einen rechtsextremen Hintergrund  
7 als sehr wahrscheinlich an. Nach der Tat hatten viele Rechtsextreme und Rechtspopulisten in  
8 den sozialen Medien offen ihre Freude über das Attentat geäußert.

9 Die Tat und diese Reaktionen darauf verurteilen wir auf das Schärfste. Sie widern uns an.

10 Die umfangreichen Schutz- und Freiheitsrechte des Grundgesetzes sind ein wertvolles  
11 Geschenk, welches uns die Mütter und die Väter des Grundgesetzes vor 70 Jahren gemacht  
12 haben. Doch dieses Geschenk ist zwischenzeitlich für zu viele zu einer Selbstverständlichkeit  
13 geworden. Gerade Rechtsextremisten und Rechtspopulisten nutzen diese vermeintliche  
14 Selbstverständlichkeit für ihre staatsgefährdenden Ziele. Daher ist es höchste Zeit, Terror,  
15 Extremismus, Gewalt und Hetze von rechts entschieden und wirksam mit einer Null-Toleranz-  
16 Strategie zu begegnen und in der Gesellschaft für diese Null-Toleranz-Strategie zu werben!  
17 Es gilt, die Freiheits- und Teilhaberechte unserer Demokratie zu schützen und sie entschieden  
18 gegen ihre Feinde und deren Angriffe zu verteidigen.

19  
20 Verfolgt man manche Diskussionen in den sozialen Netzwerken, aber auch an einigen  
21 Stammtischen, so gewinnt man leider den Eindruck, dass immer mehr Menschen Fakten und  
22 Fake News, Wahrheit und Verleumdung, Sagbares und Unsägliches miteinander verwechseln.  
23 An die Stelle von Argumenten, einer offenen Auseinandersetzung und dem Respekt vor dem  
24 Anderen sind Lautstärke und Geschrei, Hass und Wut, Diffamierung, Hetze und Gewalt  
25 getreten.

26  
27 Angriffe auf und Morddrohungen gegen Personen des Öffentlichen Lebens in Nordrhein-  
28 Westfalen – aber auch gegen jeden anderen – sind nicht zu übersehende Alarmsignale. Erst  
29 in der vergangenen Woche haben die Oberbürgermeisterin von Köln, Henriette Reker, und der  
30 Bürgermeister von Altena, Andreas Hollstein, schriftliche Morddrohungen erhalten. Die  
31 Sicherheitsbehörden prüfen, ob ein Zusammenhang zu anderen bundesweiten Drohschreiben  
32 mit rechtsextremistischen Hintergrund besteht. Beide hatten sich nach der Hinrichtung von  
33 Walter Lübcke Anfang Juni für eine weltoffene Gesellschaft und einen kompromisslosen  
34 Kampf gegen Hetze und Gewalt von rechts ausgesprochen.

35  
36 Spätestens seit der Mordserie des NSU ist klar: die Bekämpfung rechter gewaltbereiter  
37 Netzwerke muss für den Rechtsstaat und seine Behörden Priorität haben! Dabei müssen  
38 Werkzeuge und Strategie der Sicherheitsbehörden der durch neue Kommunikationsformen  
39 möglich gewordenen Strukturlosigkeit, der „leaderless Resistance“ (führerlosen Widerstand),  
40 in dem nur sehr wenige Personen zusammen agierten, endlich Rechnung tragen.

41 Gleichzeitig sind aber auch die Politik wie die Zivilgesellschaft gefordert, alle Anfänge von  
42 Verrohung der Sprache und der Sitten entschlossen abzuwehren. Der wehrhafte Rechtsstaat  
43 muss mit all seinen Instrumenten unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen  
44 jeden überall und zu jeder Zeit verteidigen. Für den Erhalt seiner Glaubwürdigkeit und zu  
45 Wahrnehmung seiner Schutzpflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ist der  
46 Rechtsstaat hier gefordert. Er muss auf allen Ebenen, offline wie online, rechten Gesinnungen  
47 schonungslos nachspüren. Beleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung sind rigoros zu  
48 verfolgen und zu bestrafen.

49  
50 Die Angst, welche Verfassungsfeinde mit Worten wie mit Taten zu schüren versuchen, darf  
51 die Offenheit unserer Debatten und unserer Gesellschaft nicht beschränken. Verbale und

52 tätliche Angriffe auf Menschen, die eine ganze Gesellschaft einschüchtern sollen, sind nicht  
53 zu dulden. In unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung soll niemand wegen offenen  
54 Widerspruchs gegen rechte Hetze und Gewalt oder wegen des Aussehens oder der Herkunft  
55 in Angst leben. Die Fraktionen von CDU und FDP werden dafür einstehen und stellen sich  
56 Rechtsextremen und Rechtspopulisten entschlossen entgegen.